

Tätigkeitsbericht 2006

2006 fanden drei Sitzungen des Ausschusses „Ärzte im Öffentlichen Dienst“ statt. Die Ausschussvorsitzende und ein weiteres Mitglied sind gleichzeitig Mitglieder im Ausschuss „Hygiene und Umweltmedizin“. Bestimmte Zielstellungen können so durch Kooperation beider Ausschüsse effizienter umgesetzt werden, wie Impfprophylaxe und Infektionsschutz. Ebenso bestehen Kooperationen zum Ausschuss „Prävention und Rehabilitation“ bezüglich der Gesundheit von Schulkindern.

An der Vorbereitung der Aktion „Sachsen impft“ für April 2007, die ein gemeinschaftliches Vorhaben der Sächsischen Landesapothekerkammer und der Sächsischen Landesärztekammer unter Schirmherrschaft der Sächsischen Staatsministerin für Soziales ist, beteiligt sich auch der Landesverband der Ärzte und Ärztinnen im Öffentlichen Dienst.

Der Vertreter des Sozialministeriums im Ausschuss, Herr Dr. Oettler, berichtete regelmäßig über den Fortgang der Sächsischen Influenza-Pandemie-Katastrophenplanung; es wurden die Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes diskutiert sowie Hinweise erarbeitet.

Auf Wunsch von Frau Sozialministerin Orosz wurde im Frühjahr 2006 in der Sächsischen Landesärztekammer eine Arbeitsgruppe zum Thema „Borreliose“ gegründet, in die zwei Mitglieder des Ausschusses berufen wurden. In dieser Arbeitsgruppe wird von einem fachkundigen Gremium der Handlungsbedarf in dieser aktuellen Problematik ermittelt und befördert. Das Thema „Borreliose“ soll in die Schulungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes aufgenommen werden. Frau Dr. Krause-Döring referierte am 29. November 2006 auf einer Informationsveranstaltung der Sächsischen Landesärztekammer mit dem Thema „Chancen und Perspektiven im sächsischen Gesundheitswesen“ für Medizinstudenten und junge Ärzte an der Medizinischen Fakultät der TU Dresden über die Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, die Spezifika dieses ärztlichen Tätigkeitsfeldes und die aktuelle Situation der Gesundheitsämter in Sachsen.

Im Anschluss an die Veranstaltung haben etliche Veranstaltungsteilnehmer persönliches Interesse an einer Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst bekundet, nicht zuletzt wegen der Arbeitszeitregelungen, die einer Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie entgegen kommen und für die heutige junge Ärzteschaft ein nicht unwesentliches Entscheidungskriterium für den weiteren Berufsweg ist. Der Ausschuss hofft, damit einen Schritt zum künftigen Abbau des ständigen Mangels an ärztlichem Personal in den Gesundheitsämtern geleistet zu haben.

Eine für das Jahr 2006 geplante Zusammenkunft von Vertretern des Sächsischen Hebammenverbandes mit dem Ausschuss musste wegen Terminschwierigkeiten verschoben werden und findet Anfang Februar 2007 statt.

Dipl.-Med. Petra Albrecht, Meißen, Vorsitzende
(veröffentlicht im „Ärztblatt Sachsen“ 6/2007)